

scheidung der Führung der SED zur Öffnung der Grenze“ hinzuweisen. In diesem Non-paper wurde der Fall der Mauer – „noch vor einem halben Jahr undenkbar“ – als kühne und bedeutende Aktion gewürdigt, die beweise, „daß die Parteiführung die Lage im Lande nicht nur klar erkennt und präzise einschätzt, sondern auch entschlossen ist, zur Überwindung der sich abzeichnenden Entfremdung zwischen dem einzelnen und dem Staat beizutragen. Diese Aktion ist vom Geist des Humanismus und der Achtung der Menschenrechte durchdrungen. Sie wird zweifellos zur Stärkung des internationalen Ansehens der DDR beitragen.“<sup>18</sup> Die von Moskau vorgeschlagene Fernsehrede ist von Krenz niemals gehalten worden. Die sowjetischen Überlegungen konnten auch nicht mehr in die Regierungserklärung des gerade neugewählten DDR-Ministerpräsidenten Hans Modrow am 17. November 1989 vor der Volkskammer einfließen. Sie hätten am weiteren Verlauf der Ereignisse aber kaum etwas geändert.

In dieser Phase wuchs die Rolle des neuen Regierungschefs Modrow, dem parteiinternen Hoffnungsträger für eine Reform nach sowjetischen Vorbild. Dieser hatte als 1. Bezirkssekretär in Dresden im September und Oktober 1989 in seinem Verantwortungsbereich, quasi „vor Ort“, bereits den Zerfallsprozeß der realsozialistischen Ordnung hautnah miterlebt. Nun wurde von ihm in seiner neuen Funktion faktisch erwartet, das ganze Land vor dem Untergang zu bewahren. Doch bald dürfte ihm klar geworden sein, daß die DDR nicht mehr zu retten war. Man konnte sie bestenfalls noch eine Weile am Leben erhalten, einen friedlichen Übergang in ein neues Deutschland sichern und den Versuch unternehmen, einiges konstruktiv einzubringen. Aus dieser Einstellung resultieren die Verdienste Hans Modrows und seiner Koalitionsregierung, und hierin begründen sich gleichzeitig auch eine Reihe von Problemen und Fehlentscheidungen.

In der Frage des deutsch-deutschen Verhältnisses bekräftigte die sowjetische Führung zunächst noch ihre Auffassung, „daß die Versuche, die Wiedervereinigung Deutschlands als Frage der aktuellen Politik auf die Tagesordnung zu setzen und die Existenz des souveränen sozialistischen Staates DDR zu negieren, nicht nur die Interessen der Bürger der beiden deutschen Staaten berühren, sondern auch die äußerst sensiblen Sicherheitsinteressen des europäischen Kontinents insgesamt“.<sup>19</sup>

Der sowjetische Vorschlag orientierte sich an den bisherigen, tradierten Formen der Parteibeziehungen, in denen stets aus Moskau über unterschiedliche Kanäle Anweisungen zum Handeln der SED-Spitze übermittelt wurden. In diese Kanäle war immer auch die sowjetische Botschaft in Berlin einbezogen und spielte damit eine wesentliche Rolle, während der Einfluß der Moskauer DDR-Botschaft eher von untergeordneter Bedeutung war.<sup>20</sup>

---

18 Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv (im folgenden: SAPMO-BArch), DY 30/IV 2/2039/314.

19 Ebenda.

20 Vgl. Egon Winkelmann: Moskau, das war's. Erinnerungen des DDR-Botschafters in der Sowjetunion 1981 bis 1987. Berlin 1997, S. 121 ff.